



Migration, die Mutter aller Gesellschaften

Für eine solidarische
Einwanderungsgesellschaft

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Hessen ist ein Einwanderungsland

Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag für viele, Bestandteil unserer Gesellschaft und Recht jedes einzelnen Menschen.

Hessen ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Orten, mit unterschiedlichen Geschichten und so vielfältig wie noch nie.

Mehr als ein Drittel der hessischen Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. In den Städten liegt der Anteil noch höher: Über die Hälfte der Frankfurter*innen ist selbst zugewandert oder hat einen Elternteil, der zugewandert ist. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.







Soziale Verbesserungen sind nötig

Geht es um Einwanderung, wird häufig nur über die Religion oder mangelnde Deutschkenntnisse diskutiert. Doch Menschen brauchen vor allem eine planbare Zukunft und gute Lebensbedingungen! Das bedeutet: Einen sicheren Aufenthaltsstatus, eine bezahlbare Wohnung, gute Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und eine Arbeit, von der sie gut leben können.

Um Rassismus und Diskriminierung zu überwinden, braucht es eine gerechte Verteilung von Rechten, Reichtum und Ressourcen.

Deshalb streitet DIE LINKE gegen Sozialabbau, für gute Schulen mit mehr Lehrkräften und für preisgünstige Wohnungen.

Statt Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen, treten wir für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein. Nicht Migration ist das Problem. Es sind Superreiche und Steuerflüchtlinge, die dem Staatshaushalt dringend benötigte Finanzmittel entziehen.



Diskriminierung wirksam bekämpfen

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte erleben im Alltag Ausgrenzung und Rassismus. Bei der Arbeits- und Wohnungssuche reicht oftmals ein „nicht-deutsch“ klingender Name für eine Absage, rassistische Gewalt hat im Anschlag von Hanau einen traurigen Höhepunkt erreicht.

DIE LINKE will ein flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen gegen Diskriminierung und für Opfer von rassistischer Gewalt schaffen. Ein Rechtshilfefonds soll eingerichtet werden, damit Betroffene ihre Rechte auch durchsetzen können. Für Diskriminierung darf es keinen Platz geben: Wir fordern ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz für Hessen, damit Diskriminierung durch staatliche Akteur*innen geahndet werden kann.

Wer hier lebt, soll auch hier wählen dürfen!

Viele Eingewanderte sind wegen ihrer Staatsangehörigkeit von Wahlen ausgeschlossen, obwohl sie oftmals schon jahrelang in Hessen wohnen. Das widerspricht dem Grundgedanken der Demokratie!

Alle Menschen, die dauerhaft hier leben, müssen wählen können: Sei es in den Kommunen, bei Landtags- oder Bundestagswahlen.

Die Selbstorganisation von Migrant*innen will DIE LINKE stärker fördern. Wir wollen die kommunalen Ausländerbeiräte und ihren Dachverband stärken. Sie dürfen kein Feigenblatt für ein fehlendes Wahlrecht sein! Ihre Mitwirkungsmöglichkeiten wollen wir ausbauen.

REFUGEE
PRIDE

@gayrefugee





Für Chancengerechtigkeit in der Bildung

Alle Kinder haben das Recht auf gute Bildung und Ausbildung! In vielen Studien wurde aber nachgewiesen, dass die soziale Herkunft oder eine Migrationsgeschichte oftmals ein Bildungshindernis darstellen. Kinder aus Einwandererfamilien müssen bessere Leistungen erbringen, etwa um eine Empfehlung für die höhere Schule zu erhalten. Chancengerechtigkeit wird durch frühkindliche Bildung und gute schulische Förderung möglich. Darauf legt DIE LINKE besonderen Wert!

Schulen sollen besser auf sprachliche und kulturelle Vielfalt ausgerichtet sein. Mehrsprachigkeit bedeutet für den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft einen großen Reichtum. Herkunftssprachlicher Unterricht muss aufgewertet und ausgebaut werden. Er muss zurück in die Zuständigkeit des Landes. Den Unterricht durch Konsultatslehrkräfte wollen wir beenden.

Religionsfreiheit garantieren

Das Grundgesetz garantiert Religionsfreiheit. Dazu steht DIE LINKE.

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, seine Religion auszuüben, Kirchen und Tempel zu errichten oder sich entsprechend seiner Religion zu kleiden. DIE LINKE steht zur Trennung von Kirche und Staat. In den Schulen treten wir für Ethikunterricht ein. Solange bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen angeboten wird, muss dieser für alle Religionsgemeinschaften möglich sein.

Familiennachzug und Einbürgerung erleichtern

Die Hürden für den Nachzug von Ehegatt*innen und Kindern sind hoch, die Verfahren aufwändig und langwierig. Nicht selten sind Familien deswegen über Jahre hinweg getrennt, obwohl ihnen das Recht auf Nachzug zusteht. Der Antragsprozess muss erleichtert und vorgeschaltete Sprachtests im Herkunftsland müssen abgeschafft werden. Stattdessen braucht es kostenlose Sprachkurse, wenn die Familienangehörigen in Deutschland angekommen sind.

Das Recht auf Einwanderung darf nicht nur Hochqualifizierten vorbehalten sein. Eine Einwanderungspolitik, die sich ausschließlich an den Interessen der deutschen Wirtschaft oder der demographischen Entwicklungen orientiert, lehnen wir ab. Die Doppelte Staatsangehörigkeit muss bei der Einbürgerung möglich sein. Wir wollen eine Einbürgerungskampagne und die Verfahren beschleunigen.





Teilhabe möglich machen

Der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen muss chancengleich gestaltet sein! Die Landesverwaltung wollen wir deswegen interkulturell öffnen: Die Mitarbeiter*innen müssen sich entsprechend weiterbilden können, zugleich ist der Anteil an Bediensteten mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Die Behördenkultur muss den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft Rechnung tragen.

Im Gesundheitsbereich soll es speziell geschulte Sprachmittler*innen geben, die für Patient*innen kostenfrei sind und wichtige Schriftstücke sollen mehrsprachig zur Verfügung stehen. Eingewanderte Senior*innen brauchen eine kultursensible Altenpflege. Auch Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus müssen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können, ohne ihre Abschiebung zu riskieren, hierfür wollen wir einen anonymen Krankenschein und einen Behandlungsfonds einführen. Die psychosoziale Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte wollen wir verbessern und nachhaltig finanzieren.

Wir wollen eine flächendeckende, unabhängige Rechtsberatung einführen. Nur wer seine Rechte kennt, kann an dieser Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben!

Impressum

Migration, die Mutter aller Gesellschaften

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90
Fax: 0611-350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Web: linksfraktion-hessen.de

Kontakt:
Saadet Sönmez, MdL
Sprecherin für Migrations und Integrationspolitik
Tel.: 0611/350-6053
E-Mail: s.soenmez@ltg.hessen.de

Alena Schütz
Referentin für Migrations- und Integrationspolitik
Tel.: 0611/350-6099
E-Mail: a.schuetz@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Elisabeth Kula und Jan Schalauske

Grafik, Satz und Layout: Lichtenberg Mediendesign

Redaktion: Tim Dreyer, Gina Renc, Alena Schütz,
Saadet Sönmez

Bildnachweis:
[istockphoto.com](https://www.istockphoto.com): Juanmonino; FatCamera;
shironosov; coldsnowstorm; Mindful Media; vm
[stock.adobe.com](https://www.stock.adobe.com)/Drazen

Wiesbaden, Oktober 2022

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



[linksfraktion.hessen](https://www.linksfraktion.hessen.de)



[linkeltghessen](https://twitter.com/linkeltghessen)



[linksfraktionhessen](https://www.instagram.com/linksfraktionhessen)